

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auch wo bei allen Königl. Postämtern angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimer, Kurze 59, in Leipzig: G. Neumann, in Altona: G. Neumann, in Hamburg: J. Neumann und J. Schönbach.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 12 Uhr Mittags.

Berlin, 11. April. Die Fraction der Fortschrittspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung einen Antrag zweifels angenommen, welcher dahin geht, eine Interpellation an das Staatsministerium darüber zu richten, ob dasselbe in dem jüngsten dänischen Regierungsacte eine Erfüllung der von Dänemark in den Unterhandlungen von 1850 und 1852 übernommenen Verpflichtungen erblicke und ob sie, nachdem diese offenbar verletzt, sich noch an jene Verabredungen gebunden erachte.

(S. C. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Lyda, 10. April. (Tel. Dep. d. P. L. B.) Bei dem Gute Olschanka, 1/4 Meile von Suwalki, fand zwischen 3000 Insurgenten und einer Abtheilung Russen ein blutiges Gefecht statt. Die Russen wurden nach Suwalki zurückgedrängt; sie verloren 7 Kanonen, viele Gewehre, 200 Tode, die Insurgenten verloren 11 Tode. Am 8. April war ein Gefecht beim Vorwerk Miezien. Die Insurgenten siegten.

Petersburg, 10. April. Der Kaiser sagte in seiner Antwort auf die Adresse des Adels, indem er demselben seinen Dank aussprach, unter Anderem: Als Edelmann theile ich ganz die kundgegebenen Gefühle und bin überzeugt, daß Ihnen dieselben mit dem gesamten russischen Adel gemein sind. Ich hoffe, daß Sie diese Gefühle auf Ihre Kinder übertragen werden. Sie begreife die Vaterlandsliebe, wie Sie sie ausgedrückt haben. Sie bildete seit Jahrhunderten die Stärke Rußlands; sie wird von Generation zu Generation der sichere Hüter seiner Macht bleiben.

London, 10. April. Mit Bezug auf den Artikel des „Dagbladet“ (der als Gegenleistung für die Einwilligung in die Wahl des Prinzen Wilhelm von den europäischen Mächten verlangt, daß sie Dänemark seine Unabhängigkeit von Deutschland garantiren, die Garantien von 1720 und 1721 in Betreff Schleswigs erneuern und Polstein für neutral erklären sollen) hat die dänische Regierung hier officiell mittheilen lassen, daß die Bedingungen, die sie aufzustellen gedenke, nicht diesen Forderungen entsprächen, sondern lediglich die Stellung des Prinzen in Griechenland betreffen.

Brüssel, 10. April. Der die Ablösung des Scheldesolles betreffende Vertrag mit Holland ist unterzeichnet worden. Derselbe wird am nächsten Dienstag den Kammern zur Genehmigung vorgelegt werden.

Kassel, 10. April. In der heutigen Sitzung der Ständerversammlung wurde die Wahlgesetz-Novelle den Anträgen des Ausschusses gemäß einstimmig angenommen. Danach sind zur Landstandschaft zugelassen: die dormalen apanagierten Prinzen oder deren Bevollmächtigte, die Standesherrn oder deren Bevollmächtigte, ferner sechs Abgeordnete des reichsunmittelbaren Adels so wie der in Kurhessen wohnenden und begüterten Ritterschaft.

Derter so wie fünf andere Abgeordnete gaben besondere Erklärungen zu Protokoll.

Bei der gestern und heute stattgehabten Ersatzwahl ist Dr. Weigel zum Abgeordneten für Kassel gewählt worden.

Triest, 10. April. Nach den mit der Levante-post eingegangenen Nachrichten aus Athen vom 4. d. hat der französische Gesandte die Zustimmung seiner Regierung zur Wahl des dänischen Prinzen angekündigt. Gegen die Nationalversammlung hat, weil sie für ihre Mitglieder 300 Drachmen monatliche Diäten votirt hatte, ein Pöbelsturm stattgefunden, der die Zurücknahme jenes Votums zur Folge hatte. Die Angelegenheit des bairischen Consuls Bernau ist noch nicht beendet. Moratinis ist zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden.

Stadt-Theater.

Der Figaro in Rossini's „Barbier von Sevilla“ ist ein Präfekt schaupielerischer und gesanglicher Befähigung für die komische Oper, zugleich eine Rolle, deren Erfolg von der mehr oder weniger günstigen äußeren Persönlichkeit des Darstellers abhängig ist. Spiel und Gesang ist hier nicht von einander zu trennen, es muß eins in dem andern aufgehen, wenn Figaro seine Mission erfüllen soll, die bunten Fäden der Intrigue in seiner Hand zu vereinigen, sich zum Mittelpunkt der Handlung zu machen und dabei den Anforderungen der Oper vollständig zu genügen, noch dazu in einem Werke, welches der Natur eines deutschen Sängers nichts weniger als bequem ist und ganz besondere, nur durch mühevollstes Studium zu erringende Fertigkeiten in Anspruch nimmt. Ein gut singender Figaro ohne die Gabe der Repräsentation würde der Oper den lebendig machenden Geist rauben, und wieder ein Figaro mit ungenügender Stimme und mangelhafter Technik würde, trotz aller Humors der Darstellung, dem reizvollen Tonwerte des genialen Italiensers sich so feindlich erweisen, daß er auf die Sympathie der Hörer nicht zu rechnen hätte. Der Figaro ist das ausschließliche Eigenthumsrecht durchgebildeter Künstler, die ihre Kräfte bereits nach allen Richtungen hin erfolgreich erprobt haben. Zu dieser Rolle genügt kein bloßes Wollen, sie muß nur durch ein unbedingtes Können. Die Erfahrung hat stets gelehrt, daß der „Barbier von Sevilla“ völlig zu Grabe getragen wird, sobald einmal ein nicht in allen Saiten fester Sänger das Wagniß unternimmt, sich mit dem Figaro zu versuchen.

Herr Degele beherrscht die Rolle mit großer Meisterschaft, er gab diesen Schelm von Figaro mit jener quacksilbernen Leichtigkeit, mit jener Claqueurigkeit des Geistes, welche

nalversammlung wiedergewählt worden. Die mit Entwerfung einer neuen Constitution beauftragte Commission hat ihre Arbeiten fast vollendet.

In Bante wird zum Dank für die versprochene Union eine Konfessionenfeier vorbereitet.

Nach Berichten aus Konstantinopel vom 4. d. macht die Unionsbewegung in Bulgarien Fortschritte. Sifowa hat sich bereits von dem griechischen Patriarchate getrennt und Tirnowa wird diesem Beispiele nachhaken folgen. Der englische Vice-Consul Stevens ist im Auftrage Bulwer's in besonderer Mission nach Alexandrien abgegangen.

Fuad Pascha hat die Bildung einer türkischen Nationalgarde vorgeschlagen. Eine zu Gunsten der Polen beabsichtigte Theater-Vorstellung ist von der Regierung verboten worden.

Nach Berichten aus Baku stand zwischen Dhost Mahomed und dem Emir von Bakhara ein Conflict bevor. In Bakhara war ein russischer Agent angekommen.

Triest, 10. April. Mit dem Ueberland-Dampfer sind Berichte aus Hongkong vom 28. Februar eingetroffen; nach diesen hatten disciplinierte chinesische Truppen die von den Taipings besetzte Stadt Taisang angegriffen, waren aber mit großem Verluste zurückgeschlagen worden, auch war ein erneuter Angriff auf Foochow mißlungen. Der „Shanghai Recorder“ hat einen angeblichen Erlaß des Mikado von Japan an den Kaiser veröffentlicht, welcher den Letzteren auffordert, die Vertreibung der Fremden zu beschleunigen und zu diesem Behufe alle Daimios anzuweisen.

Triest, 10. April. Der fällige Lloyd-Dampfer ist mit der Ueberlandpost aus Alexandrien eingetroffen.

Paris, 10. April. Der erschienene Bankausweis ergiebt, daß sich der Baarvorrath um 32% Mill. Frs., die Vorschüsse um 23% Mill. Frs. vermehrt haben.

Die preussisch-russische Cartell-Convention vom 8. August (27. Juli) 1857.

Nachdem die preussisch-russische Cartell-Convention vom Standpunkte der Humanität aus durch das Urtheil der gebildeten Welt bereits gerichtet worden, wird dieselbe nunmehr in Folge des Antrages des Abgeordneten v. Rönne auch von ihrer rechtlichen Seite der Gegenstand lebhafter Erörterungen werden. Es handelt sich nämlich um nichts mehr und nichts weniger als darum, ob die Cartell-Convention, welche ohne Mitwirkung der preussischen Kammern abgeschlossen und demnach in der Gesessammlung publicirt worden, überhaupt für rechtsverbindlich zu erachten sei. Wir gestehen, es ist immer etwas Bedauerliches und für das allgemeine Rechtsbewußtsein nicht ungefährlich, wenn man genöthigt wird, dasjenige anzusehen, was Jahre lang stillschweigend für Recht angesehen, und als solches von Behörden und Anderen ohne Widerspruch befolgt worden ist. Allein es giebt Verhältnisse, und so sind leider die unrigen, wo man auch solche Angriffe nicht scheuen darf. Nachdem unsere Staatsregierung während des polnischen Aufstandes mehr als je auf Conventionen hingewiesen und dieselbe zuweilen in einer unser Gefühl tief verletzenden Weise executirt hat, gebietet es schon die Pflicht der Menschlichkeit, aufs Entschiedenste dagegen aufzutreten, und wenn unsere Volksvertretung zu dem Resultate gelangt ist, daß die Convention in der That nicht rechtsgültig sei, so dürfen auch keinerlei Rücksichten sie davon abhalten, dies laut und vor aller Welt auszusprechen.

Der Art. 48 der Verfassung bestimmt, daß Verträge mit fremden Regierungen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern bedürfen, sofern es Handelsverträge sind, oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden. Es fragt sich nun zuerst, ob die Convention dem Staate Lasten auferlege. Unserer Ansicht nach wird dies anzunehmen sein, denn unter Lasten in diesem Sinne verstehen wir nicht etwa nur eine in dem Staatsvertrage dem anderen Staate gegenüber

ausdrücklich eingegangene Verbindlichkeit etwas zu thun oder zu lassen, was unsere Staatskasse belastet oder eine Ausgabe, welche direct in das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung eingreift, sondern auch jede noch so geringe Ausgabe, welche die Ausführung des Staatsvertrages in ihren Folgen nach sich zieht, einerlei aus welchem Fonds dieselbe geleistet wird, muß als eine Last in diesem Sinne angesehen werden. Nun wird man aber doch nicht in Abrede stellen können, daß die Convention zuweilen auch Kosten verursacht, seien es die für den Unterhalt der Ausliefernden dem anderen Staate zu erstattenden oder andere Kosten, und schon aus diesem Grunde wird man annehmen müssen, daß die Convention der Genehmigung durch die Kammern bedürftig hätte.

In ähnlicher Weise hat sich auch von Rönne in seinem Staatsrecht für die preussische Monarchie (B. I. S. 267) ausgesprochen. Staatsverträge, welche in irgend einem wenn auch nur unwesentlichen Punkte eine Last für den Staat constituiren, bedürfen auch seiner Ansicht nach in allen Beziehungen der Zustimmung der Kammern. Daß der Art. 48 in diesem Sinne zu verstehen sei, ergeben auch die betreffenden Kammerverhandlungen (Sten. Berichte 1849/50, S. 341.). Es war nämlich zum Art. 48 der Verbesserungsantrag gestellt worden zu bestimmen: „Solche Verträge bedürfen insoweit, als dadurch einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt oder dem Staate Ausgaben, die besondere Verwilligung erheischen, verursacht werden, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern.“ Dieses Amendement, welches eine Beschränkung des Zustimmungrechtes der Kammern bezweckte, wurde indessen abgelehnt, und dadurch das bezeichnete ausgebehutete Recht der Kammern festgestellt. Wir geben zu, daß hiernach nur wenige Staatsverträge übrig bleiben werden, welche der Genehmigung durch die Kammern nicht bedürfen, allein damit wird dem Lande auch gerade gedient sein. Wird das Recht der Kammern künftig in diesem ausgedehnten Maße aufgefahst, so werden wir vor ferneren Verrägen geschützt sein, welche wie die Cartell-Convention die Zielscheibe der Angriffe fast sämtlicher civilisirter Staaten Europas bilden.

Zweifelhafter dürfte die Frage sein, ob die Convention auch einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlege. Eines nähern Eingehens hierauf wird es indeß nicht bedürfen, da schon jener eine Grund zur Aufsechtung genügen wird.

Schließlich noch ein Wort über die Wirkungen der Convention auf unsere Provinz. Vergeblich suchen wir nach irgend einem Vortheile derselben. Dagegen liegen die Nachteile klar zu Tage. Unsere Grenzkreise leiden seit jher, namentlich auf dem Lande, an einem fühlbaren Mangel an Arbeitskräften. Sie sind daher gewissermaßen angewiesen auf die polnischen und russischen Ueberläufer, unter denen sich viele brauchbare und tüchtige Arbeiter befinden. Alle diese Leute fanden stets bei unsern Besitzern ein lohnendes Unterkommen. Von einem Ueberflusse an Ueberläufern war nie die Rede, und auch nach Aufhebung der Convention wird ein solcher nicht zu befürchten sein. Dagegen gerietzen unsere Besitzer in den Grenzkreisen schon oft in Verlegenheit, wenn die Convention durch die Landräthe streng executirt wurde, was nicht verhindert werden kann, so lange die Convention einmal besteht. Dies haben wir namentlich zu Zeiten erfahren, wo eben Aushebungen in Rußland stattgefunden hatten. Eine dann plötzlich stattfindende Ausweisung oder Auslieferung einer größeren Zahl von Ueberläufern brachte stets einen bemerkbaren Mangel an Arbeitern hervor.

Unsere Provinz wünscht daher vorzugsweise die Aufhebung der Convention herbei. An ihrem Fortbestehen hat überhaupt Niemand in Preußen Interesse, es sei denn die Partei, welcher damit gedient ist, wenn wir zur Erhaltung der gegenwärtigen Zustände des russischen Nachbarreiches behilflich sind.

— [Ein königliches Nähmädchen.] Dieser Tage fand in London vor dem Polizeigerichte ein altes Mütterchen von 60 Jahren, Maria Stuart, eine Näherin, unter der Beschuldigung, an der Wohnung des Lord Palmerston mit Absicht eine große Scheibe zerbrochen zu haben. Aufgefordert, sich zu vertheidigen, hält die Näherin eine lange Rede, in welcher sie behauptet, sie sei eine Enkelin des Präidenten Karl Stuart; seit 1829 habe sie die Regierung in Vitterskräften um Anerkennung ihrer Rechte gebeten, aber immer ohne Erfolg. Als sie sich ebenfalls vergebens an den verstorbenen Graham gewandt hatte, warf sie diesem, wie jetzt dem Lord Palmerston, ein Fenster ein. Leider aber hatte dieser fähne Wurf für sie nur die schlimme Folge, daß man sie 7 Jahre lang einsperrte, unter dem Vorgeben, sie sei verrückt. Endlich wurde sie von einer Commission untersucht und für vollkommen bei Verstand erklärt, worauf man sie ihrer Haft entließ. Da sie neuerdings an Lord Palmerston geschrieben und von diesem, wie früher, keine Antwort erhalten hatte, warf sie dem edlen Lord zur Strafe das Fenster ein. Das Gericht hat die Verurtheilung des Urtheils noch hinausgeschoben.

— Der Tenorist Theodor Wachtel ist, wie der „Zwischenact“ meldet, von der Direction des Wiener Hof-Operntheaters auf die Dauer von fünf Jahren mit einem Gehalte von 18,000 Fl. und dreimonatlichem Urlaube engagirt worden.

— Der „Times“ zufolge ist Mr. Frith's Gemälde, „die Eisenbahnstation“, am vorigen Sonnabend von dem bekannten Verleger Mr. Graves zu dem Preise von 20,000 Lst. angekauft worden, der höchsten Summe, welche je für ein einzelnes englisches Gemälde gezahlt worden ist.

Markt.

Politische Uebersicht.

Das Abgeordnetenhaus wird die Frage an das Ministerium richten, ob es durch den letzten dänischen Staatsvertrag die Verträge von 1850 und 1852 als verletzt betrachtet. Es wird also, wie auch kaum zu vermeiden war, sein Urtheil über das Vorgehen Dänemarks fällen. Welche Antwort wird das Ministerium auf diese Interpellation geben? Mit welchem Erfolge würde Herr v. Bismarck unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Deutschlands Recht und Ehre eintreten können? Diese Antwort wenigstens ist nicht schwer zu geben.

Die auswärtigen Angelegenheiten fangen an eine bestimmtere und festere Gestalt anzunehmen. Es war vorauszusetzen, daß die Haltung Oesterreichs in der polnischen Angelegenheit schließlich doch die Complimente desabouiren würde, mit welchen die „Kreuztg.“ in den letzten Tagen um die Freundschaft des alten Bundesgenossen geworben hat. Die österreichischen Staatsmänner können sich unmöglich der Einsicht verschließen, daß ein Anschluß an Rußland eine größere Gefahr in sich schließt, als eine Vereinigung mit den Westmächten. Wie gemeldet ist, hat Oesterreich sich entschlossen, zugleich mit Frankreich und England Vorstellungen zu Gunsten der Polen in Petersburg zu machen. Wir halten diesen Schritt für einen für die Entwicklung der polnischen Frage sehr bedeutungsvollen. Einmal deshalb, weil er die Annäherung zwischen Frankreich und Oesterreich eingeleitet und ersterem gewissermaßen das Terrain geebnet hat; andererseits deshalb, weil Oesterreich ihn gethan trotz dem daß es wußte, Rußland würde jede wenn auch nur diplomatische Intervention fremder Mächte zurückweisen. Rußland hat sich bereits in Wien und auch in London in diesem Sinne erklärt. Die „Köln. Ztg.“ erhält hierauf aus Warschau einen Bericht, welcher specielle Angaben über die Aufnahme enthält, welche die bekannte Note von Lord Russell vom 2. März in Petersburg gefunden. Es heißt darin:

„In der Erwiderung, welche später die Gestalt einer Depesche erhalten hat, ist von dem Fürsten Gortschakow entschieden in Abrede gestellt worden, daß Rußland die Schuld des Blutvergießens in Polen trage, da die Rekrutierung nur als Gelegenheit zum Aufstande gebiet habe, welcher in Paris und London von der revolutionären Partei vorbereitet gewesen sei. Polen sollte nach den Wünschen derselben die Grenzen von 1772 erlangen. Von dem Fürsten ist sodann die englische Interpretation des Art. 1 der Congress-Acte als unstatthaft bekämpft und darauf hingewiesen worden, daß die von Alexander I. den Polen gegebene Verfassung vom Kaiser Nicolaus nach Niederwerfung des Aufstandes aufgehoben werden konnte, weil die Gewährung dieser Institution einzig dem freien Ermessen des Kaisers nach dem Wortlaute des Art. 1 vorbehalten gewesen wäre. Sodann ist das englische Cabinet darauf hingewiesen worden, daß Kaiser Alexander II. im Jahre 1861 den Polen eine völlige administrative nationale Selbstständigkeit zugesichert habe. Der Minister Wielopolski sei ein Pole, der Verwaltungsrath, der Staatsrath wären aus Polen zusammengefasst und analog die Zusammensetzung der Provinzial- und Municipalräthe eine nationale. Demnach besitze Polen die in der Congress-Acte bezeichnete besondere Verwaltung, das Heer sei für Rußland und Polen ein gemeinsames, und auch ohne das angethene polnische Parlament konnte die Wohlfahrt des Landes entwickelt werden, wenn die revolutionäre Partei dies nicht zu verhindern trachte. Der Kaiser werde nach der Bewältigung des Aufstandes bei seiner bekannten Milde eine weitreichende Amnestie, allerdings mit Ausschluss der Urheber der Empörung, bewilligen. Gegen das Recht der beanspruchten Einmischung Englands hat sich der Fürst Namens des Kaisers entschieden vermagt. Wie ernst übrigens das Cabinet in Petersburg die Sache nimmt, ergibt sich daraus, daß über Kronstadt bereits der Belagerungszustand verhängt und die Kriegsbereitschaft der ganzen russischen Armee angeordnet ist. Der Kaiser ist also entschlossen, jede Einmischung mit bewaffneter Hand zurückzuweisen.“

Daß Rußland eine solche Stellung zur polnischen Frage wirklich eingenommen hat, beweist die Ernennung des General Berg, der, übereinstimmenden Nachrichten zufolge, in nächster Zeit auch die Civilverwaltung Polens in die Hand nehmen wird, beweist namentlich die Mobilisirung der russischen Armee und die Befestigung Kronstadts. Wir glauben, Oesterreich wird sehr bald genöthigt sein, eine weitergehende Entschließung zu treffen. Die Amnestie allein, welche Kaiser Alexander den Theilnehmern am Aufstande, mit Ausnahme der Anführer, nach Befestigung des Aufstandes zugesagt hat, wird weder England noch Frankreich befriedigen.

Preußen wird durch all diese Verhandlungen nicht behelligt und gestört. Man fragt es nicht — es hat also auch nicht nöthig zu antworten. Es ist allerdings betrübend, daß man nach so kühnen Plänen, wie derjenige war, das Königreich Polen in drei Jahren zu germanisiren, so die Segel streichen muß.

Deutschland.

+ Berlin, 10. April. Zu dem Gesetze, betreffend die Rechte der Schiffmannschaft an Bord von Seeschiffen, haben die Abgeordneten v. Mölke (Solingen) und Meibauer in der Fraction der deutschen Fortschrittspartei den Antrag eingebracht, principaliter den ganzen Gesetzentwurf zu verwerfen und den Erlaß einer Seemannsordnung zu befürworten, event. den ersten Abschnitt des Gesetzentwurfs, welcher „von den Seefahrtsbüchern“ handelt, zu verwerfen und die folgenden Abschnitte vielfach zu amendiren. — Die Sache kommt heute Abend in der Fraktions-Sitzung der deutschen Fortschrittspartei zur Verathung.

— (B. Z.) Der 1. Berliner Wahlkreis hatte gestern eine zahlreich besuchte Wahlmänner-Versammlung in Meiers Salon. Dr. Götschen begründete folgenden Antrag: „Die Versammlung des 1. Berliner Wahlkreises vom 9. April erklärt: daß sie der Militairreorganisation und den daran sich knüpfenden Fragen gegenüber dabei beharrt, daß bei der gesetzlichen Regelung des Heerwesens an dem Geiste des Gesetzes vom 3. September 1814 festgehalten werde und deshalb auch die den Kammern augenblicklich gemachte Vorlage abzulehnen sei.“ — Diese Resolution wurde mit großer Majorität angenommen. Unter den Reden erwähnen wir diejenige des Abg. Birchow. Stürmisch begrüßt, erklärt derselbe, daß die Frage, ob Resolution, ob Amendirung der Entscheidung des Hauses überlassen werden müsse und daß sich — wie er zugleich in Jordanbeds Worten auspricht — die Abgeordneten, welche jetzt für die Amendements stimmen, schließlich der Majorität unterordnen würden. (Beifall). Er verteidigt die Jordanbed'schen Amendements namentlich in Hinblick auf das Programm der Fortschrittspartei, welches sich für verstärkte Aushebung mit zweijähriger Dienstzeit, für Aufrechthaltung der Landwehr und Verminderung des stehenden Heeres ausgesprochen. Die Jordanbed'schen Amendements fußten auf

einfachen Rechenexempeln. Danach würde die Armee auf dem Friedensfuß nicht stärker als früher sein, nämlich zweimal 60,000 Mann, also 120,000 Mann betragen bei dreijähriger Reserve. Allerdings würde im Kriegsfall die Armee stärker sein. Aber das unterscheidet die Reorganisation eben wesentlich von den Jordanbed'schen Vorschlägen, daß letztere die Einberufung der Reserven ausdrücklich vom Kriegsfalle abhängig machten. Die Amendements enthielten kein Entgegenkommen und würden auch von den Amendementsstellern nicht so aufgefaßt. Würden sie von der Regierung angenommen, so gelangte der große constitutionelle Grundsatz zur Geltung, daß sich auch die Armee dem Gesetz beugen müsse. Der Redner spricht außerdem noch die Absicht aus, sein in der Commission gefallenes, gegen das Cadres-System gerichtetes Amendement im Plenum wieder aufzunehmen.

— Bei dem Cultusministerium soll, nach der feudalen „Bzl. Corr.“, eine Petition zahlreicher Männer wegen Abschaffung des Geschichtsunterrichts in den höheren Lehranstalten eingegangen sein. Als Grund wird angeführt, wie das Auftreten eines berühmten Historikers im Abgeordnetenhaus den Beweis gebe, daß die umfassendsten Kenntnisse der historischen Vergangenheit nur dazu beitragen, das Verständniß der Gegenwart vollständig zu trüben. (Nicht übel!)

— Die Nachricht, daß der Regierungspräsident von Schleinitz zu Bromberg die Stelle des Präsidenten der Regierung zu Sigmaringen erhalten werde, soll sich nicht bestätigen. Wie uns mitgeteilt wird, hat Herr v. Schleinitz die Uebnahme des Präsidiums an Bedingungen geknüpft, welche nicht die Zustimmung des Staatsministeriums erhalten haben.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beweist in einem Artikel gegen die „Times“, daß Preußen bisher nur zwei Personen an Rußland ausgeliefert und vier Personen ausgewiesen, außerdem aber zuerst von allen Mächten den Erlaß einer Amnestie empfohlen habe. In einem andern Artikel sagt dasselbe Blatt, Oesterreich hätte sich, Rußland gute Rathschläge zu ertheilen, da es wisse, daß diesen entschieden zurückgewiesen werden würden.

— Durch Ministerial-Rescript ist die Aufhebung der sogenannten Aufenthaltstaxen in allen den Orten, wo solche bisher üblich waren, angeordnet worden.

— Die „Lib. Correspond.“ schreibt: Gestern wurde schon in einem sehr gut unterrichteten Kreise erzählt, daß Oesterreich sich nicht wie Preußen mit einem Protest in der schleswig-holsteinischen Sache begnügen, sondern am Bunde kriegerische Schritte gegen Dänemark herbeiführen werde. (?) In diesem Sinne sollen jetzt schon Verständigungen zwischen Oesterreich, Baiern und Hannover stattgefunden haben, und Hannover sehr bereit sein, die Bundes-Execution in erster Linie zu übernehmen.

— Von hier, 8. April, schreibt man der N. Z.: „In Anknüpfung an die Debatte des italienischen Parlamentes soll die italienische Regierung Veranlassung genommen haben, sich in Berlin in irgend einer Form dahin auszusprechen, daß Italien, was die Februar-Convention angehe, die Auffassung Englands und Frankreichs in Bezug auf das Princip der Nicht-Intervention theilen würde. Herr v. Bismarck soll diese Aeußerung unerwidert gelassen haben.“

— Die gestern Abend im Schauspielhause stattgefundene Aufführung des Trauerspiels „Wallensteins Tod“ hat wieder zu einer Demonstration Veranlassung gegeben. Die von Buttlar gesprochenen Worte „es thut mir wehe, daß Geburt und Titel bei der Armee mehr gelten, als Verdienst“, wurden lebhaft beklatscht.

— Aus Anlaß eines Spezialfalls hat der Unterrichtsminister neuerdings entschieden, daß die Eltern freie Wahl der Schule für ihre Kinder haben, so daß es einem evangelischen Vater nicht gehindert werden darf, sein Kind einer katholischen Schule anzuvertrauen, wenn gleich der Knabe darin nur katholischen Religionsunterricht erhalten kann. Wenn Gatte und Gattin darin einverstanden seien, welchen Religionsunterricht ihr Sohn erhalten solle, so könne hierin kein Grund gefunden werden, ihn zwangsweise zur Benutzung einer evangelischen Schule anzuhalten. Beabsichtige der Vater aber nicht, seinen Sohn der katholischen Kirche zuzuführen, so sei es Sache seines Seelsorgers, ihn von der Unangemessenheit seines Verfahrens zu überzeugen, resp. ihn darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen der Mangel an confessionellem Religionsunterricht für die spätere Aufnahme seines Sohnes in die evangelische Kirche mit sich führen müsse.

England.

London, 8. April. Großes Aufsehen erregte dieser Tage in Liverpool die Thatsache, daß der Zoll-Inspector, Herr Morgan, im Namen der Regierung ein Kanonenboot, welches für die Conföderirten gebaut wurde, auf dem Meeress mit Beschlag belegte. Das Schiff ist ein Schrauben-Dampfer von 120 Tonnen und wurde für Rechnung der Herren Frazer, Trenholm u. Co. in Liverpool, der Depositare der conföderirten Regierung, gebaut. Die Beschlagnahme erfolgte auf Veranlassung des amerikanischen Gesandten, der, durch den Consul der Vereinigten Staaten in Liverpool, Herrn Dudley, benachrichtigt, die englische Regierung ersuchte, gegen die Verletzung der Neutralität auf englischem Gebiete einzuschreiten. Eine richterliche Untersuchung in Betreff des Baues und der Ausrüstung des Fahrzeuges wird sofort eingeleitet werden.

Frankreich.

Paris, 8. April. Eine Anzahl ehemaliger Unteroffiziere ist von Hochbrun für die polnische Insurrections-Armee engagirt worden. Das Revolutions-Comité soll hier das Terrain sondiren, um eine Anleihe von 10 Millionen Fr. zu versuchen. — Der Prinz Napoleon hat Paris noch nicht verlassen, wird aber jedenfalls seine Reise bald antreten. Man glaubt, daß er noch mit dem Sultan in Egypten zusammen treffen werde, den er nach Frankreich einladen soll.

— Der diplomatische pariser Correspondent der „Independance Belge“ bemerkt über die persönliche Stimmung des Kaisers Napoleon: „Jetzt muß ich hinzufügen, wie alle meine Nachrichten dahin übereinstimmen, daß der Kaiser Napoleon persönlich die entschiedensten Sympathien für Polen zeigt; der Kaiser verheißt es auch nicht, daß es ihm unmöglich sei, bei einer Sache gleichgültig zu bleiben, deren erklärter Verfechter er seit zwanzig Jahren gewesen.“

— Ein wohlunterrichteter Mann versichert, der Kaiser beschäftige sich weit mehr mit den nächsten Kammerwahlen, als mit der polnischen Frage. Napoleon III. legt fast einen abergläubischen Werth auf das Zustandekommen eines möglichst einstimmig ihm ergebenden legislativen Körpers, da es wohl wahrscheinlich ist, daß derselbe vor Vollendung seines Mandats (bis 1870) berufen sein wird, beim Tod des Kaisers sein Erbe und die Kaiserkrone seinem Sohne zu übertragen. Deshalb, fügte der obengenannte Gewährsmann

hinzü, stoßt auch die römische Frage. Der Kaiser will den Clerus nicht gegen sich aufstacheln. Sind erst die Wahlen glücklich vorüber, so wird man mit Rom schon aus einem anderen Tone sprechen.

— Die „Patrie“ spricht sich heute so unumwunden über die polnische Frage aus, wie dies gestern die „Opinion Nationale“ gethan. Beide Blätter sind einig darüber, daß man auf keine Transactionen eingehen dürfe, sondern darauf zu bestehen habe, daß Polen wieder eine unabhängige Nation werden aber untergehen müsse. Die „France“ bemerkt dagegen: „Die Politik, deren Organ die Patrie, ist der Krieg, der Frankreich isoliren und Rußland in allen Interessen, die wir bedrohen würden, eine Stütze bieten würde. Die Politik, welche die France vertritt, ist dagegen die ruhige, aber feste diplomatische Intervention, welche Rußland isolirt und es dem allgemeinen Unwillen der öffentlichen Meinung Europa's gegenüberstellt.“

— Als Octave Feuillet nach seiner Aufnahme in die Academie von den Herren Biot und Villemain noch besonders, wie dies herkömmlich ist, dem Kaiser vorgestellt ward, äußerte Se. Majestät, wie die Gazette de France erzählt, wörtlich: „Meine Herren, ich arbeite daran, mich Ihrer würdig zu machen.“ Natürlich bezog sich dies auf die Abhandlung über das Leben Cäsars, worüber sich denn der Kaiser auch noch des Weiteren ausließ, indem er namentlich von den Nachgrabungen sprach, die er auf den verschiedenen Schlachtfeldern habe vornehmen lassen. Villemain sagte darauf lächelnd: „Leichter und weniger traurig ist es, alte Schlachtfelder aufzugraben, als neue zu eröffnen.“ „Ja, das ist wahr“, erwiderte der Kaiser, „ich kenne nichts Schrecklicheres als den Anblick eines Schlachtfeldes: das ist fürchterlich.“

Danzig, den 11. April.

* Der frühere Kreisrichter, nachherige bischöfliche Syndikus Kieve in Pöplm ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Pözen ernannt worden.

* Die speziellen Vorarbeiten für die Danzig-Neufahrwasser Eisenbahn werden noch im Laufe dieses Monats in Angriff genommen werden.

* Eine heute hier eingegangene telegraphische Depesche aus Wiesbaden meldete den dort heute Nacht erfolgten Tod eines unserer geachteten Mitbürger, des ortslichen General-Consuls Normann. Der Verschiedene war Präsident des Verwaltungsrathes der hiesigen Privat-Actienbank und früher Inhaber der Firma M. W. Normann.

* [Gerichtsverhandlung am 9. April.] Der Hofbesitzer Johann Friedrich Andres steht unter der Anklage, im September v. J. auf dem Wege von Schönau nach Gottswalde die unverhehl. Lehmann vorsätzlich geschlagen und körperlich verletzt und dieselbe vorsätzlich und widerrechtlich eingesperrt zu haben. Nach der Angabe der Lehmann hatte dieselbe am 2. September den Dienst ihres Brodherrn verlassen und befand sich, belastet mit einer Menge von Kleidungsstücken, auf dem qu. Wege, als sie den Angellagten traf, welcher sie nach ihrer Legitimation fragte. Da sie eine solche nicht aufzuweisen hatte, überhäufte sie der Angellagte mit groben Schimpfworten, nannte sie eine Diebin und nachdem er die Lehmann geschlagen und dabei körperlich gemißhandelt hatte, transportirte er sie nach Reichenberg, woselbst er sie in den Stall des Müllers Dörks einsperrte und 6 Stunden verhaftet hielt. Der Angellagte räumte die Verhaftung der Lehmann ein und erwiebs durch das Zeugniß der unverhehl. Krause, daß er durch Letztere auf die Lehmann kurz vor seinem Zusammenreffen mit der Letztern als eine sehr verdächtige Person aufmerksam gemacht worden sei. Er habe sich deshalb berechtigt gehalten, die Verhaftung der Lehmann vorzunehmen; auch habe er von der Verhaftung dem Schulzenamte in Reichenberg sogleich Anzeige gemacht, wodurch das gesetzliche Requisit erfüllt sei. Die Mißhandlung bestritt der Angellagte, konnte aber das eidliche Zeugniß der Lehmann nicht entkräften. Der Gerichtshof sprach den Angellagten von der Anklage der Freiheitsberaubung frei, verurtheilte ihn aber wegen der Mißhandlung unter Annahme mildernder Umstände zu einer Geldbuße von 10 Thalern event. 2 Tagen Gefängniß.

* Der mechanische Künstler Herr Richter wird sein „Klabberdatsch-Theater“ nächsten Montag schließen. Freunde von dergleichen harmlosen Ergötzlichkeiten werden durch die Leistungen der unter geschickter Direction stehenden Acteurs vollständig befriedigt. Die Metamorphosen lassen nichts zu wünschen übrig.

* In der nächsten Woche wird der Bauredner Herr J. Dufschnee hier eintreffen und einen Cyclus von Vorstellungen in seiner Kunst geben. Seine Gattin wirkt dabei als Schauspielerin mit. Beide Künstler sind auswärts glänzend beurtheilt.

△ Eydtkuhnen, 10. April. Seit der Osterwoche haben wir in den benachbarten Strichen von Polen den Aufstand in derselben Weise, wie er im Süden Polens organisiert ist; nur ist die Eisenbahn von Wilna bis hier bis jetzt von den Insurgenten nicht berührt worden. Schon gegen Ende vorigen Monats fingen die jungen Leute aus den Städten an, auf Befehl des National-Comités sich in den Wäldern zu sammeln, und bei dieser Gelegenheit geschah es, daß eine Schaar von 65 Mann, von russischen Garden ereilt, in ein Gehöft gedrängt, in diesem erschlagen und dann mit dem Gehöfte verbrannt wurden, und zwar nicht gegen Willen und Befehl der Officiere. Seitdem zeigen sich in der Gegend von Pilwischn und Koslawo-Nuda fast täglich Insurgentenscharen. In dieser Gegend geht nämlich die Eisenbahn durch einen breiten sumpfigen Waldstreifen, der von Reisenden, welche die unwegsamen Wälder des Altas kennen, zum Theil selbst für den einzelnen Fußgänger als undurchdringlich gehindert wird. Diese Scharen, die sich zeigen und dann spurlos verschwinden, werden von den Russen täglich in kleinen Recognoscirungen aufgesucht, und wenn sie gefunden werden, hin und wieder angegriffen. So fanden in der letzten Woche fast täglich Gefechte statt, deren Resultate nicht bekannt werden, von denen man daher annehmen muß, daß sie den Russen nicht günstig waren. Nach den vorliegenden Thatsachen glaube ich mit großer Wahrscheinlichkeit behaupten zu können, daß die Russen, welche die Bahnlinie stark besetzt haben, und häufig zum Truppentransport benutzen, es nicht mit einer in der Gegend von Koslawo-Nuda befindlichen Insurgentenschaar zu thun haben, sondern mit verschiedenen Trupps, welche die Eisenbahn kreuzen, um sich zu einem wahrscheinlich nördlich gelegenen Sammelplatz zu begeben. Es ist möglich, daß die Insurrection, um Waffen zu erlangen, die See zu gewinnen suchen wird. Die jenheit der Grenze herrschende Stimmung ist sehr gedrückt. Die Russen verschweigen die ungünstigen Resultate ihrer Expeditionen, die Polen schweigen aus Mißtrauen gegen Alles, was Preußen heißt. — Zum Schluß kann ich Ihnen über die Art, wie man in Rußland die Truppen einquartiert, eine Anekdote erzählen, die manchen über die preussische Einquartierungslast seufzenden Grenzgewohner trösten kann. In einer mit sieben

Hotel de St. Petersburg: Reumling a. Neufahrwasser

